Sehr geehrte Damen und Herren

Ich sende Ihnen mein Vortrag zur öffentlichen Anhörung am 25.06.2018 Mit freundlichen Grüßen Andreas Laake Vorsitzender der Interessen Gemeinschaft Gestohlene Kinder der DDR

Wir als Interessengemeinschaft behaupten nicht, dass tausende Kinder entführt wurden. Wir sagen lediglich, dass tausende leibliche Eltern berechnigte Fragen haben und Aufklärung verlangen.

Aber unabhängig von der noch festzustellenden Gesamtanzahl ist für uns jeder Fall einer zu viel und wir möchten, dass allen Betroffenen in gleicher Weise geholfen wird.

Dennoch spielen Prognosen in der Aufwandsabschätzung natürlich eine substantielle Rolle.

In diesem Gremium werden wir sicherlich heute auch hierzu noch Expertenmeinungen hören.

Ich möchte Ihnen nur aus dem Kreise unserer Mitglieder eine Größenordnung mitgeben.

Unsere Interessengemeinschaft hat Mittlerweile die Zahl von 1600 Mitglieder überschritten und es werden täglich mehr.

Im Kreis unserer Mitglieder sind etwa 180 mittelbar oder unmittelbar Betroffene organisiert, die sich darüber beklagen, dass es große Unstimmigkeiten in den bereits selbständig zusammengetragenen Dokumenten gibt, die den Verdacht begründen, dass mit dem vermeintlichen Tot oder mit der staatlich angeordneten Adoption des eigenen Kindes etwas nicht mit rechten Dingen zugegangen sein kann.

Weitere ca. 50 Mitglieder beklagen, dass Ihnen das eigene Kind zu einem bereits fortgeschrittenen Alter entwendet, ich würde sagen „entführt“ wurde, um es dann unter ominösesten Umständen für Tot zu erklären.

Außerdem befinden sich in unserer Gemeinschaft ca. 80 Mitglieder, die entweder selbst adoptiert wurden und deren leibliche Eltern der Adoption unter Zwang oder gar nicht zugestimmt haben oder die als Eltern, Ihre Kinder weggenommen bekommen haben obwohl das Kindeswohl bei dieser Betrachtung keinerlei Rolle gespielt hat.

Alleine in unserer Vereinigung handelt es sich also um ca. 300 Fälle von vermuteter Zwangsadoption bzw. vorgetäuschem Säuglingstod oder Kindstod. Ich behaupte nicht, dass es sich bei jedem Fall nachgewiesener Maaßen um einen solchen Tatbestand handelt. Aber was ich Ihnen sagen kann ist, dass jeder Fall seine Berechnigung hat aufgeklärt zu werden.

Wir sind es nicht nur den Müttern und Vätern, Brüdern und Schwestern, Omas und Opas, Tanten und Verwandten schuldig, die nun schon so lange mit gesundheitsbelastenden und nerven-aufreibenden Ungewissheit leben müssen, wir schulden es auch den unrechtmäßig entzogenen Kindern und zu guter Letzt auch unserem Rechtsstaat, der mit dieser klaffenden Aufarbeitungslücke immer verwundbar sein wird.

Wir brauchen daher eine Ermittlungs- und Aufklärungseinrichtung, ich nenne Sie an dieser Stelle einmal „Clearingstelle“.

Diese Stelle muss ausgestattet werden mit Sonderermittlungsrechten, wie z.B. dem Recht auf Einsichtnahme und ggf. auch Beschlagnahme von Dokumenten und Adoptionsunterlagen und mit Personal, das über jeden Zweifel erhaben ist, jemals in irgendeiner Weise mit dem DDR-Unrechtsstaat in Verbindung gestanden zu haben.

Nur auf diese Weise kann das Vertrauen entstehen, welches benötigt wird, um glaubhaft im Sinne der Betroffenen wirken zu können.

Ohne Ansicht der Person will ich Ihnen ein paar Beispiele geben, warum es bisher mit der Aufklärung nicht so richtig funktioniert hat.

Wenn z.B. eine Beauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheit selber vor der Wende Kinderkrankenschwester in einer DDR – Geburtsklinik war, dann haben die Betroffenen große Vorbehalte hinsichtlich der erforderlichen Neutralität.

Wenn ein wissenschaftlicher Mitarbeiter / Berater dieser damaligen Kinderkranken-schwester damals selber Chefarzt in einer Klinik war und ebenfalls als system-konformer Bestandteil des Staats-apparates agiert hat, dann glauben die Betroffenen dessen Aussagen zur Rechtmäßigkeit der damaligen Vorgänge nicht.

Wenn eine heutige Chefin eines Landesrundfunkhauses vor der Wende als Stadtarchivarin Zugang zu geheimen und streng geheimen Dokumenten gehabt hat, dann haben die Betroffenen große Vorbehalte hinsichtlich der Neutralität der Berichterstattung.

Vertrauen ist die Grundlage für Akzeptanz.

Laotze hat einmal gesagt:
„Wo das Vertrauen fehlt, spricht der Verdacht.“

Theodor Storm sagte einmal:
„Autorität wie Vertrauen werden durch nichts mehr erschüttert als durch das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden.“

Stichwort: Gerechtigkeit

Mit dem Einigungsvertrag wurden in der ehemaligen DDR durchgeführte Adoptionen für rechtmäßig zustande gekommen erklärt.

Unter Anwendung der „Radbruch’schen-Formel“ wurden lediglich die menschenrechtsverletzenden Gewalttaten an der Deutsch-Deutschen Grenze der nachträglichen Strafverfolgung zugänglich gemacht.

Die ebenfalls menschenrechtsverletzenden Kindesentziehungen unter Ausübung politischer Repression oder die vorgetäuschten Kindestode / Säuglings-tode wurden bisher wegen des Fehlens nachgewiesener systematischer staatlicher Einflussnahme nicht strafrechtlich betrachtet.

Verzweifelte Versuche von Betroffenen über die staatlichen Ermittlungsbehörden zu einer Gerechtigkeit im Sinne einer Rehabilitation zu kommen, sind bisher an den geltenden Bestimmungen und Verjährungsfristen gescheitert.

Die Arbeit einer unabhängigen Clearingstelle könnte kombiniert werden mit wissenschaftlichen Untersuchungen einer eventuellen Hauptstudie zum Thema.

Die genaue Rekonstruktion und Analyse staatlicher Strukturen und die Identifizierung geheimer Parallelstrukturen könnten Hinweise für systematisches Handeln und organisiertes Verbrechen im Sinne der Radbruch’schen Formel und damit die Grundlage für strafrechtliches Handeln liefern.

In mehreren nachgewiesenen Fällen, ist eine Adoption als staatlich veranlasste Repressionsmaßnahme ohne Zustimmung der leiblichen Eltern erfolgt.

Mein eigener Fall (Andreas Laake) steht hier symbolisch für viele Weitere. In der Kurzfassung der Vorstudie zum Thema, welche vom ZZF in Potsdam durchgeführt und kürzlich veröffentlicht wurde, heißt es:

Ich zitiere:

„Die Orte, in welchen politisch motivierte Adoptionen angebahnt bzw. durchgeführt wurden, waren unter anderen Krankenhäuser, Referate für Jugendhilfe, Gefängnisse, Jugendheime, Kinderheime, Kleinkinderheime, Säuglingsheime, Schulen und Privatwohnungen.

Die Menschen, die es nach erster Einschätzung betraf, waren meistens junge Frauen, alleinerziehende Mütter, minderjährige Mädchen, Mütter von Großfamilien, Mütter und Väter, die unter dem Verdacht standen, sich nach § 249 StGB-DDR strafbar gemacht zu haben, Eltern, die bei einer Republikflucht gefangen genommen worden waren, oder die sich durch weitere politische Delikte wie Landesverrat strafbar gemacht hatten.

Die Täter, Anstifter und Mitwisser fanden sich in den verschiedensten Bereichen. Zu nennen sind in einer noch zu ergänzenden Liste Ärzte, Krankenschwestern, Polizisten, MfS-Offiziere, Jugendfürsorger und Jugendhilfereferatsleiter, Heimpersonal, Richter, Schulleiter, Lehrer.“

Zitat Ende !

Bis heute müssen die Betroffenen ohne Unterstützung des Rechtsstaates Ihre Aufklärung in Eigeninitiative und auf eigene Kosten betreiben. Dabei haben wenigstens die adoptierten Kinder, soweit Ihnen die Tatsache der Adoption bekannt wird, die Möglichkeit nach Ihren Wurzeln zu suchen. Das gesamtdeutsche Adoptionsrecht gibt Ihnen die Möglichkeit auf Antrag und unter Aufsicht einer fachkundigen Person Einsicht in die Adoptionsakte zu nehmen.

Im § 9b des Adoptionsübereinkommens-Ausführungsgesetz heißt es: „Soweit die Vermittlungsakten die Herkunft und die Lebensgeschichte des Kindes betreffen oder ein sonstiges berechtigtes Interesse besteht, ist dem gesetzlichen Vertreter des Kindes und, wenn das Kind das 16. Lebensjahr vollendet hat, auch diesem selbst auf Antrag unter Anleitung durch eine Fachkraft Einsicht zu gewähren.“

Allerdings wird dieses Recht sehr unspezifisch eingeschränkt, heißt es doch im selben Paragraphen:

„Die Einsichtnahme ist zu versagen, soweit „überwiegende Belange“ eines Betroffenen entgegenstehen.“

Betroffene Eltern kämpfen im Zusammenhang mit Ihren Adoptionsunterlagen auf verlorenem Posten, da der Zugang zu Adoptionsunterlagen den leiblichen Eltern verschlossen ist.

Darüber hinaus ist die gesamte relevante Dokumentenlandschaft stark dezentralisiert und diversifiziert und die Rahmenbedingungen sind für die Betroffenen von Zwangsadoption und Säuglingstot / Kindestot nachteilig, unübersichtlich und uneinheitlich sind.

Als Interessengemeinschaft stehen wir mit vielen Vertretern der öffentlichen Verwaltung in unmittelbarem Kontakt und versuchen die bürokratischen Hürden zu beseitigen, die unseren Mitgliedern in den Weg gestellt werden, um Ihre Rechte wahrzunehmen.

Bis vor einigen Wochen war es beispielsweise in Leipzig nicht möglich auf dem Standesamt Kopien der ein-getragenen und vorhandenen Personensstandsdaten zu bekommen.

Obwohl das Informationsfreiheitsgesetz der Bundesrepublik Deutschland jedem Bundesbürger freien Zugang zu den personenbezogenen Daten gewährt wurde auf den Standesämtern die Ausführungen der länderspezifischen Personensstandsgesetze als maßgebliche Vorschrift herangezogen und unterschiedlich interpretiert. Erst nach einer juristischen Bewertung und der Intervention durch uns als Vorstand der Interessengemeinschaft konnte ein Einlenken seitens der Verwaltung erzielt werden und die Verfahrensregelungen im Zuständigkeitsbereich des Standesamtes Leipzig angepasst werden.

Seit ca. 3 Wochen kämpfen wir nun mit dem Standesamt Halle/Saale um denselben Sachverhalt.

Dies ist nur ein Beispiel von unzähligen weiteren Erschwernissen, mit denen unsere Betroffenen bei dem Versuch Ihre Berechtigten Interessen wahrzunehmen konfrontiert werden.

Die Einrichtung einer staatlich beauftragten und rechtlich umfassend berechtigten Clearingstelle würde hier die dringend erforderliche und notwendige Abhilfe schaffen.

Stichwort: Gleichberechtigung

Unter dem Duktus „gleiches Recht für Alle“ wurden im Einheitsvertrag 1990 Regelungen getroffen, die faktisch alle Adoptionen für rechtmäßig erklärten, welche nach den Bedingungen des DDR-Rechtes durchgeführt worden und die bis 1993 unwidersprochen blieben. Dabei wurde die ehemals vereinbarte Widerspruchsfrist von 1 Jahr einmal um weitere zwei Jahre verlängert. Seit 1994 hat also kein Bürger der ehemaligen DDR, welcher von Adoption betroffen war, ein Recht darauf, diese Adoption überprüfen geschweige denn aufheben zu lassen.

Das es Zwangsadoptionen ohne Einwilligung der Erziehungsberechtigten Eltern in der ehemaligen DDR gegeben hat und dass die betroffenen Eltern und Verwandten teilweise erst nach der abgelaufenen Widerspruchsfrist von dem Umstand einer Adoption erfahren haben, ist genauso faktisch belegt wie auch die Entrechtung, die mit dem Einheitsvertrag stattgefunden hat.

Das geltende Adoptionsrecht schützt die Kinder und die Adoptiveltern vor der Einflussnahme durch die ehemals verantwortlichen leiblichen Eltern.

Es gibt keinen Zweifel, dass diese Regelung rechtmäßig und notwendig ist, wenn der Schutz des Kindeswohl die alleinige Grundlage für den Entzug des Erziehungsrechtes darstellt hat.

Anders aber verhält es sich bei den Adoptionen, die als Zwangsadoptionen bezeichnet werden müssen und die in der ehemaligen DDR unter menschenrechtsverachtenden Bedingungen durchgeführt wurden.

Hier hat weder eine freiwillige Übertragung der Elternrechte durch die leiblichen Eltern auf die Adoptiveltern stattgefunden noch wurde die angeordnete Adoption zum Schutz des Kindes durchgeführt, sondern ausschließlich zur Repression der leiblichen Eltern.

Im Falle nachgewiesener Zwangsadoption müssen daher die Grundrechte der leiblichen Eltern wieder in den Vordergrund gestellt werden.

Die Zusammenführung der gewaltsam getrennten Familien und die Wiederherstellung der familiären Beziehungen ist daher zu organisieren und unter psychologischer Betreuung durchzuführen.

Der Nachweis einer tatsächlich erfolgten Zwangsadoption bzw. eines unrechtmäßig erfolgten Kindesentzuges sollte nachprüfbar, kontrolliert und demnach auch verbindlich durch die Clearingstelle erfolgen.

Ab dem Zeitpunkt der Feststellung sollte sich ein Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung zur Familienzusammenführung für die leiblichen Eltern ableiten.

Wenn durch die Clearingstelle eine Zwangsadoption bzw. der unrechtmäßige Kindesentzug eindeutig festgestellt wurde, sollte bei übereinstimmender Willenserklärung von leiblichen Kindern und leiblichen Eltern die Aufhebung der Adoption mit allen Rechtsfolgen ermöglicht werden.

Wenn die leiblichen Eltern bereits verstorben sind sollte, bei eindeutig durch die Clearingsstelle bestätigter Zwangs-adoption bzw. unrechtmäßigem Kindes-entzug, die Aufhebung der Adoption auch durch die alleinige Willenserklärung des leiblichen Kindes erfolgen können.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung bisher noch nicht erfolgter Aufklärung ist es, die Aufbewahrungs-fristen für die Dokumente und Unterlagen zu verlängern bzw. zu vereinheitlichen.

Insbesondere die Fristen für medizinische Dokumentationen laufen in Kürze ab (30 Jahre).

Diese Forderung sollte mit höchster Priorität begegnet werden.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und stehe gemeinsam mit meinem hier anwesenden Vorstandskollegen, gerne zur Beantwortung weiterer Fragen zur Verfügung.